

Regionalprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zentralasien Dialog zwischen Staat und Religion: Die Samarkander-Konferenz

In diesem Jahr im September lädt die Friedrich-Ebert-Stiftung zur 5. Samarkander-Konferenz ein. Die Veranstaltung zum Thema „Dialog zwischen Staat und Politik“ findet einmal pro Jahr statt, mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Die Jubiläumskonferenz wird sich mit dem Schwerpunkt „Jugend und religiöse Ausbildung im säkularen Staat“ auseinandersetzen.

Neben der Mentorin, Frau Prof. Gudrun Krämer von der FU Berlin, lädt die FES wie schon in den vergangenen Jahren Experten aus Europa ein, aus der Türkei, aus Indonesien und Ägypten sowie aus den zentralasiatischen Anrainerstaaten Usbekistans. Aus dem Gastland nehmen Vertreter der Religionen teil, Wissenschaftler sowie Vertreter der so genannten Machtministerien – Justiz- und Innenministerium, Generalstaatsanwaltschaft und Richter. So richtet die FES ein Forum ein, bei dem über das so schwierige Verhältnis zwischen Staat und Religion in einem jungen säkularen Staat gesprochen werden kann.

Die überwiegende Mehrheit der Bürger Zentralasiens gehört der sunnitischen Glaubensrichtung des Islam an. Tatsächlich lässt sich nur schwer feststellen, wer von ihnen gläubig ist und sich an die religiösen Vorschriften des Korans hält. Die geografische Aufteilung Zentralasiens bezüglich der Religion in Kasachen, Kirgisien und Turkmenen, den einstigen weniger religiösen Nomaden, und den sesshaften Völkern der Tadschiken und Usbeken, die sich stets religiöser verhielten, scheint bis heute im groben gültig zu sein. Mit der Ausnahme, dass in den südlichen Gebieten Kasachstans und Kirgisistans mit usbekischen Minderheiten der Islam zunehmend populär wird.

Alle Staaten der Region wählten den säkularen Weg. Der Islam wird in kontrollierter Weise zugelassen. Doch seit den Anschlägen im fernen New York, in Madrid und London sowie den langjährigen Erfahrungen mit dem gar nicht so weit entfernten Taliban-Regime in Afghanistan verwandelte sich das gemäßigte Verhältnis zwischen Staat und Islam in einen zunehmend aggressiven Säkularismus. Gleichwohl, trotz des großen Misstrauens, wurde der Islam in kontrollierter Dosierung als Symbol für die nationale Wiedergeburt genutzt.

Der Islam stellt vor allem in Tadschikistan und Usbekistan eine der wenigen Möglichkeiten dar, Opposition zu betreiben. Radikale Kräfte nutzten das. Bei Selbstmordattentaten in der usbekischen Hauptstadt Taschkent starben mindestens 40 Menschen. Die dafür Verantwortlichen sollen Kontakte zu Terrororganisationen in Pakistan und Afghanistan besessen haben. Bei der Zerschlagung einer Demonstration durch Ordnungskräfte in der südusbekischen Stadt Andijan, starben nach Angaben der OSZE und Human Rights Watch über 500 Menschen. Der Staat macht islamische Terroristen verantwortlich, Menschenrechtsorganisationen sind davon überzeugt, dass es sich um eine friedliche Demonstration gehandelt hat, die vom Staat brutal beendet wurde.

Die Gefahr, dass radikale Islamisten Zentralasien destabilisieren wollen, ist durchaus gegeben. Nach einer Recherche des erfahrenen amerikanischen Journalisten Jonathan Randal analysieren Islamisten den Zerfall der Sowjetunion nicht als Ende des Kalten Krieges sondern als Beginn für eine Expansion des Islam nach Zentralasien und in den Kaukasus. Ihnen bieten die säkularen Regime, die den Islam fast vollständig kontrollieren oder bürokratisieren, eine große Angriffsfläche.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch kritisiert derweil den usbekischen Staat, durch unverhältnismäßig hohe Strafen gegenüber Muslimen, die sich politisch betätigen, sich die eigenen Feinde selbst heranzuziehen. Sehr schnell stempelte der Staat Oppositionelle als Terroristen ab. Hohe Strafen waren ihnen gewiss. Etwa 6000 Häftlinge, so Human Rights Watch, saßen 2003 in Gefängnissen ihre Strafe ab. Bei Strafprozessen sei ihnen die Verurteilung sicher, nur das Strafmaß werde noch verhandelt.

Im Visier des Staates stehen die Mitglieder der radikalen Organisation Hizb ut-Tahrir, die nicht nur in Zentralasien sondern auch in Deutschland, seit 2003, verboten ist. Die islamische Organisation hat sich zum Ziel gesetzt, ein Kalifat zu errichten. Seit Ende der neunziger Jahre hetzte die Organisation mit antisemitischen Parolen. Bisher konnten ihnen Terroranschläge nicht nachgewiesen werden. Nach den Explosionen in London im Juli 2005 höhnte die usbekische Staatspresse, dass die britische Regierung selbst schuld sei, befinde sich doch die Zentrale der Hizb ut-Tahrir in London.

Eine ungewöhnliche Ausnahme in Zentralasien bildete seit dem Ende des tadschikischen Bürgerkrieges 1997 die Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIW). Sie wurde vom Staat zugelassen und gewann bei den Parlamentswahlen 2005 zwei von insgesamt 63 Sitzen. Ihrem charismatischen stellvertretenden Vorsitzenden Muhiddin Kabiri gelang es bisher, der Partei den friedlichen Diskurs zwischen radikalen und gemäßigten Mitgliedern vorzugeben. Dabei ging der Staat gegen den Islam hart vor. So ließ er 2002, als im fernen Guantanamo-Gefängnis auf Kuba drei Verdächtige aus Tadschikistan einsaßen, sofort im nördlichen Teil des Landes, im Fergana-Tal, Moscheen schließen.

Die FES hat die Samarkander-Konferenz mit usbekischen Partnern ins Leben gerufen, um einen Dialog zum Verhältnis von Staat und Religion zu initiieren. Das Miteinander von Staat und Religion, nicht nur dem Islam, ist zur Sicherung des Friedens weltweit bedeutsam. Und genau aus diesem Grund befasst sich eine deutsche Stiftung mit dem Verhältnis von Staat und Religion. Dabei kann und will die FES nicht den Islam, oder noch abwegiger, den richtigen Islam erklären. Wohl aber lassen sich Modelle der Kooperation aufzeigen. Und diese Rolle des Moderators nimmt die FES ein. Dieser Dialog ist von enormem Interesse für Usbekistan, Zentralasien, Europa, ja für die ganze Welt.

Die Geschichte Zentralasiens ist eine glorreiche und tragische zugleich. Einst eine der wissenschaftlichen Zentren der Welt, hier seien nur die lateinisierten Namen der Wissenschaftler Avicenna und Averoes erwähnt, zerstört von den Kriegern Dschingis Khans, wurde das Gebiet zwischen Kaspischem Meer und Tian Schan Gebirge, zwischen Sibirien und Iran dann im 19. und 20. Jahrhundert Objekt im Großen Spiel um Einfluss und Kontrolle der großen Mächte Russland und England. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind die fünf Republiken der Region unabhängig, seit dem 11. September 2001 im Fokus der Weltöffentlichkeit.

Grund ist auch der Islam, der im Generalverdacht steht, den Terror zu benutzen, um einen göttlichen Staat zu bauen. Das gilt nicht nur für Usbekistan, dessen Geschichte so sehr mit den Ideen Mohammeds verknüpft ist. Weiter östlich, in Tadschikistan, ist der Frieden nach einem postsowjetischen Bürgerkrieg noch labil. Der Economist fasste zusammen: „Die ehemaligen sowjetischen Republiken haben ihre Mühe (mit dem Islam).“

Was ist damit gemeint? In aller Kürze könnte man die Lage so formulieren: Aus staatlicher Sicht versuchen einige wenige Islamisten, Muslime, die mit Gewalt die Macht an sich reißen wollen, die politische Lage zu destabilisieren und den säkularen Staat zu stürzen. Sie berufen sich auf alte Zeiten, auf die Geschichte und auf die schwierige soziale Lage in den Ländern nach dem Motto: Der säkulare Staat schafft den Aufschwung nicht, also machen wir es besser. Der Staat reagiert nervös und hart.

Die Ergebnisse dieser Art von Problemlösung sind bekannt. Was tun? Diese kluge Frage des berühmten Russen Tschernischevskij gilt es ebenso klug zu beantworten. Nur wie? Eine schnelle Antwort zu erwarten wäre naiv. Ein Lösungsbuch besitzt die FES nicht. Wohl aber will sie den Dialog initiieren. Und wer wäre besser geeignet einen Beitrag zu leisten als die Experten, die aus Ländern kommen, vor ähnlichen Problemen standen oder noch immer stehen.

Es wäre absurd zu behaupten, dass die Terrorakte völlig losgelöst von der Religion geschehen sind, dass zum Beispiel Al-Qaeda eine Art Rote Brigaden aus Italien oder Rote-

Armee-Fraktion aus Deutschland sei. Aber inwieweit können säkulare Staaten mit dem Islam kooperieren, wenn er doch die Macht, die alleinige Macht beansprucht. Die Extremisten berufen sich vor allem auf den Ägypter Sayyid Qutb, einem ägyptischen Aktivisten der Muslimischen Bruderschaft der 50er und 60er Jahre. Die Alternative war: Entweder unter der Herrschaft der Menschheit oder unter der von Allah zu leben. Und für Qutb gab es nur eine Antwort – die Herrschaft Allahs, ohne Kompromisse.

Diese Radikalität wäre heute gar nicht so populär, wäre die Alternative, die staatliche Macht, in manchen Ländern attraktiv: Beteiligung an der Macht, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit. Doch daran mangelt es bisweilen. Schlechter kann es nicht werden, sagen sich vor allem arbeitslose Jugendliche, und suchen nach Alternativen. Nach der erstaunlichen Aussage von Graham Fuller, einem ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden des National Intelligence Council des CIA, „konzentrieren sich die Islamisten mehr als alle anderen politischen Kräfte in der muslimischen Welt auf die Bürgergesellschaft und den Aufbau von Institutionen“. Mit anderen Worten: Eine politische konstruktive Opposition kommt nur von ihnen. Das behauptet ein hochstehender CIA-Mann in einem gerade erschienen Buch mit dem Titel: „Die Zukunft des politischen Islam“.

Nach einer Umfrage des Pew Global Attitudes Project in 50 Staaten sind Werte wie Meinungsfreiheit, Mehrparteiensystem und Gerechtigkeit unter der Bevölkerung in Zentralasien wesentlich populärer als in Teilen Mittel- und Osteuropas. Und jeder, der die Islamisten kritisiert, sie seien nicht-demokratisch, sollte sich selbst fragen, ob er denn demokratisch sei. Am Schluss steht die Frage, ob bei Wahlen, bei denen Islamisten teilnehmen, es zu folgendem Resultat kommen könnte: Ein Mensch, eine Stimme, einmal.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung möchte mit dieser Konferenzreihe einen Beitrag leisten, den Dialog zwischen Staat und Religion zu vertiefen. Daraus ergeben sich sowohl in Usbekistan als auch in den anderen Staaten der Region weitere Foren und Publikationen. Die Beiträge zur Samarkander-Konferenz werden jedes Jahr veröffentlicht und in Usbekistan und der Region einem breiten Publikum vorgestellt.